



Nigeria 2025

Bundesrepublik Nigeria

Journalist*innen und andere Personen, die Kritik an den Behörden übten, wurden festgenommen, angeklagt und willkürlich inhaftiert. Sicherheits- und Strafverfolgungsbeamt*innen gingen mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen friedliche Demonstrant*innen vor, töteten dabei mehrere Menschen und nahmen andere willkürlich fest. Die Behörden versäumten es, Mädchen vor Entführungen und die Bevölkerung vor Morden durch bewaffnete Gruppen zu schützen. Bei Luftangriffen des Militärs wurden rechtswidrig Zivilist*innen ins Visier genommen. Die bewaffnete Gruppe *Boko Haram* tötete weiterhin Zivilist*innen. Die akute Nahrungsmittel- und Ernährungsunsicherheit blieb im ganzen Land hoch. In mehreren Bundesstaaten kam es zu Zwangsräumungen. Der britische *High Court* bestätigte das Urteil des Berufungsgerichts, das es Gemeinden im Bundesstaat Rivers erlaubte, Shell für Umweltschäden zur Verantwortung zu ziehen.

Hintergrund

Am 18. März wurde im Bundesstaat Rivers ein sechsmonatiger Ausnahmezustand verhängt. Während des Ausnahmezustands wurden demokratisch gewählte Landesbehörden suspendiert, und die Behörden verstärkten die Militarisierung, was zu einer zunehmenden Marginalisierung politischer Minderheiten führte. Der bewaffnete Konflikt zwischen *Boko Haram* und dem Militär hielt an. Das Versagen der Behörden, Leben und Eigentum vor täglichen Angriffen durch bewaffnete Gruppen und Banditen zu schützen, kostete Tausende von Menschenleben und führte in vielen nördlichen Bundesstaaten zu einer potenziellen humanitären Krise.

Im Mai starben mindestens 110 Menschen, als Überschwemmungen in der Stadt Mokwa im Bundesstaat Niger mehr als 50 Häuser und deren Bewohner*innen unter Wasser setzten und wegspülten.

Meinungsfreiheit

Die Behörden verhafteten und inhaftierten weiterhin Journalist*innen und andere Personen, die abweichende Meinungen äußerten. Am 27. Januar wurde Omoyele Sowore, Herausgeber der Online-Nachrichtenseite *Sahara Reporters*, von der Polizei verhaftet und inhaftiert, weil er auf X Beiträge gegen den Generalinspekteur der Polizei veröffentlicht hatte, in denen er ihn als „illegalen IGP Kayode Egbetokun“ bezeichnete. Er wurde nach dem *Cybercrimes Act 2024* angeklagt und gegen Kautions freigelassen.

Am 2. März wurde der 19-jährige Social-Media-Kritiker Haruna Mohammed, bekannt als Abale Borno, festgenommen und inhaftiert, nachdem ein Beitrag über den desolaten Zustand der öffentlichen Schulen im Bundesstaat Borno in den sozialen Medien viral gegangen war. Die Polizei klagte ihn wegen „Verleumdung und Herabwürdigung der Person des Gouverneurs“ an. Der Richter gewährte ihm



Kaution. Obwohl der Fall bis zum Jahresende nicht offiziell zurückgezogen worden war, verfolgte die Polizei ihn nicht weiter.

Am 7. März fanden in der Stadt Port Harcourt friedliche Proteste statt als Reaktion auf die zunehmende Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch die Anwendung des *Cybercrimes Act*. Während der Proteste griff die Polizei die Journalisten Charles Oporum von *Channels Television*, Allwell Ene von *Naija FM*, Soibelemari Oruwari von *Nigeria-Info*, Ikezam Godswill von AIT und Femi Ogunkhilede von *Super FM* an. Die Polizei feuerte Tränengas auf friedliche Demonstrant*innen ab, beschlagnahmte Kameras und befahl Journalist*innen unter Waffengewalt, Videoaufnahmen ihrer Aktionen zu löschen.

Am 16. März erhielt Ushie Uguamaye, bekannt als Raye, eine Zivildienstleistende, Drohungen und Einschüchterungen von Beamten des *National Youth Service Corps* (NYSC), weil sie ein TikTok-Video gepostet hatte, in dem sie die eskalierende wirtschaftliche Not im ganzen Land beklagte. Nachdem sie sich geweigert hatte, das Video zu löschen, behielt das NYSC nach Abschluss ihres Dienstes im August ihre Entlassungsurkunde ein und verlängerte ihren Dienst als Strafe um zwei Monate.

Am 25. März verhaftete die Polizei Buhari Abba, einen Online-Redakteur der *Kano Times*, und Ismail Auwal, einen freiberuflichen Journalisten, wegen eines Berichts, der als kritisch gegenüber dem Informationsbeauftragten des Bundesstaates Kano, Ibrahim Waiya, angesehen wurde. Sie wurden mehrere Stunden lang festgehalten, bevor sie freigelassen wurden, und es gab keine Hinweise auf ein laufendes Gerichtsverfahren.

Im April verbot die Nationale Rundfunkkommission den Song „Tell your papa“ des Sängers Eedris Abdulkareem, da er als regierungskritisch eingestuft wurde, und stuft den Song als „nicht ausstrahlungsfähig“ ein.^[1]

Am 23. September wurde der Anwalt und Aktivist Chinedu Agu nach seiner Anklage wegen strafbarer Verleumdung in Untersuchungshaft genommen; Grund waren seine Meinungsartikel, in denen er den Gouverneur des Bundesstaates Imo, Hope Uzodimma, kritisiert hatte. Er wurde nach 28 Tagen in Haft bis zum Prozessbeginn freigelassen. Bis zum Jahresende hatte das Gericht noch keinen Verhandlungstermin festgelegt.

Versammlungsfreiheit

Am 27. März feuerte das Militär während einer Protestkundgebung in der Hauptstadt Abuja zum Ende des Ramadan-Fastenmonats mit scharfer Munition auf Anhänger der Islamischen Bewegung in Nigeria. Sie töteten dabei mindestens fünf Menschen, mehrere weitere erlitten lebensbedrohliche Verletzungen.^[2] Dreizehn Personen, darunter der Demokratieaktivist Omoyele Sowore und der Anwalt Aloy Ejimakor, wurden am 20. Oktober in Abuja festgenommen, weil sie an einer friedlichen Demonstration teilgenommen hatten, bei der die Freilassung von Nnamdi Kanu, dem Anführer der *Indigenous People of Biafra*, gefordert wurde. Ihnen wurden mehrere Anklagepunkte vorgeworfen, darunter „kriminelle Verschwörung“, „Ungehorsam gegenüber einer rechtmäßigen Anordnung“, „Anstiftung zu öffentlichen Unruhen“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“. Am 24. Oktober wurde ihnen gegen Kaution die Freilassung gewährt; ihr Verfahren war zum Jahresende noch nicht abgeschlossen.



Recht auf Leben

Die Behörden kamen ihren Verpflichtungen nicht nach, Angriffe auf Einzelpersonen und Gemeinschaften zu verhindern, deren Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen und für Gerechtigkeit zu sorgen, indem sie die für die Gewalt Verantwortlichen ermittelten und strafrechtlich verfolgten. [3]

Am 2. Februar griffen Viehhirten Amagu an, ein Dorf im Verwaltungsbezirk Ishielu (LGA) im Bundesstaat Ebonyi, töteten dabei mindestens 15 Menschen und zerstörten mehrere Gebäude. Am 27. März wurden mindestens 16 Menschen – Jäger, die vom Bundesstaat Rivers in die Stadt Kano reisten, um dort mit ihren Familien das Eid-Fest zu feiern – in der Stadt Uromi im Bundesstaat Edo von einer lokalen Bürgerwehr und bewaffneten Jugendlichen aufgehalten, einzeln aus dem Fahrzeug gezerrt, geschlagen und anschließend in Brand gesetzt.

Zwischen dem 27. März und dem 2. April wurden mindestens 60 Menschen bei einem koordinierten Angriff in mehreren Gemeinden – Mangor Tamiso, Daffo, Manguna, Hurti und Tadai – im Verwaltungsbezirk Bokkos im Bundesstaat Plateau von bewaffneten Männern getötet. Am 4. März entführten und töteten bewaffnete Männer Sylvester Okechukwu, einen Priester, der im Dorf Tachiri im Verwaltungsbezirk Kaura im Bundesstaat Kaduna tätig war. Am 13. April wurden mindestens 51 Menschen getötet, als bewaffnete Männer in das Dorf Zikke im Verwaltungsbezirk Bassa im Bundesstaat Plateau einfielen. [4] Am 24. April drangen bewaffnete Männer in das Dorf Gobirawa Chali im Bezirk Dan Gulbi des Verwaltungsbezirks Maru im Bundesstaat Zamfara ein und töteten über 20 Menschen.

Am 8. Mai töteten bewaffnete Männer mindestens 30 Menschen und brannten über 20 Pendlerfahrzeuge und Lastwagen entlang der Straße von Okigwe nach Owerri im Bundesstaat Imo nieder. Zwischen dem 25. Mai und dem 1. Juni wurden mindestens 85 Menschen von bewaffneten Männern in der Gemeinde Tse Antswam in der Nähe von Naka im Verwaltungsbezirk Gwer West sowie im Dorf Edikwu Ankpali im Verwaltungsbezirk Apa im Bundesstaat Benue getötet. Am 14. Juni überfielen bewaffnete Männer die Stadt Yelewata im Bundesstaat Benue, töteten mehr als 100 Menschen und zwangen mindestens 3.941 weitere zur Flucht aus ihren Häusern. [5] Am 20. Juni wurden mindestens 12 Reisende aus dem Dorf Basawa in der Zaria LGA im Bundesstaat Kaduna getötet und 11 Menschen von einem Mob in der Mangu LGA im Bundesstaat Plateau verletzt.

Am 15. Juli griffen bewaffnete Männer Bindi-Jebbu in der Gemeinde Tahoss im Verwaltungsbezirk Riyom im Bundesstaat Plateau an und töteten mindestens 27 Menschen; Familien wurden in ihren Zimmern eingesperrt und nacheinander abgeschlachtet. Am 19. August griffen bewaffnete Männer eine Moschee und nahegelegene Häuser an, töteten mindestens 50 Menschen und entführten 60 weitere in der Gemeinde Unguwan Mantau im Verwaltungsbezirk Malumfashi im Bundesstaat Katsina.

Am 18. November griffen bewaffnete Männer Gläubige in der *Christ Apostolic Church Oke-Isegun* in der Stadt Eruku im Bundesstaat Kwara an, töteten drei Menschen und entführten 38 weitere. Sie wurden am 23. November befreit.

Rechtswidrige Angriffe und Tötungen

Das Militär verübte weiterhin wahllose oder unverhältnismäßige Angriffe gegen Zivilist*innen. Am 11. Januar tötete ein Luftangriff des Militärs mindestens 20 Menschen im Dorf Tungar Kara in der Maradun



LGA im Bundesstaat Zamfara. Am 15. Februar tötete ein Luftangriff des Militärs mindestens sechs Zivilist*innen im Dorf Zakka und weitere sechs Zivilist*innen in der Gemeinde Yauni im Verwaltungsbezirk Safana im Bundesstaat Katsina. Am 31. Mai töteten Luftangriffe des Militärs 20 Menschen und verletzten Dutzende in den Dörfern Maraya und Wabi im Verwaltungsbezirk Maru im Bundesstaat Zamfara, darunter auch lokale Bürgerwehren, die sich versammelt hatten, um Banditen entgegenzutreten, die ihre Dörfer angriffen.

Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Nach Angaben der UNO verübte *Boko Haram* weiterhin wahllose Angriffe und nahm Zivilist*innen ins Visier. Am 15. Mai töteten Kämpfer von Boko Haram 23 Bauern und Bäuer*innen und Fischer*innen im Dorf Malam Karanti im Bundesstaat Borno. Im September töteten Kämpfer von Boko Haram bei einem nächtlichen Angriff auf das Dorf Darul Jamal im Bundesstaat Borno mindestens 60 Menschen, zerstörten 20 Häuser und brannten 10 Busse nieder.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Die steigenden Lebensmittelpreise trieben Millionen von Menschen tiefer in die Armut. Familien konnten sich die Kosten für Gesundheitsversorgung und Bildung zunehmend nicht mehr leisten. Das neue Steuergesetz 2025, das eine Steuer von 5 % auf fossile Brennstoffe wie Benzin und Diesel einführt und ab Januar 2026 in Kraft treten soll, wird allen Erwartungen nach die Armut weiter verschärfen. Laut einem Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und des nigerianischen Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit waren schätzungsweise 30,6 Millionen Menschen von akuter Nahrungsmittel- und Ernährungsunsicherheit betroffen.

Die Kürzungen der USAID-Finanzmittel wirkten sich auf Gesundheitsprogramme aus, wodurch Tausende von Menschen mit HIV einer ungewissen Zukunft entgegensehen mussten.

Angriffe bewaffneter Männer im zentralnigerianischen Bundesstaat Benue führten zur Binnenvertreibung von 500.000 Menschen. Viele Menschen lebten weiterhin in Elendslagern mit schlechten sanitären Verhältnissen, unzureichender Versorgung mit Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung sowie mangelndem Zugang zu ausreichend Wasser.

Zwangsräumungen

Am 3. Februar wurden mindestens vier Menschen bei einer gewaltsamen Zwangsraumdung getötet, die von der Regierung des Bundesstaates Kano in Rimi Auzinawa, einem Vorort im Verwaltungsbezirk Ungogo, durchgeführt wurde. Die Räumung erfolgte ohne echte Konsultation, angemessene Vorankündigung, Entschädigung oder Bereitstellung von Ersatzwohnraum für die betroffenen Bewohner*innen.

Am 7. März führte die Regierung des Bundesstaates Lagos eine gewaltsame Zwangsraumdung der Gemeinde Ilaje-Otumara in Lagos durch, wodurch über 10.000 Menschen obdachlos wurden.^[6] Am 25. Oktober führte die Regierung des Bundesstaates Lagos gewaltsame Zwangsräumungen in der Gemeinde Oworonshoki durch – wobei über 70 Wohngebäude abgerissen wurden –, obwohl ein Beschluss des Obersten Gerichtshofs des Bundesstaates gegen den Abriss vorlag. Einige Häuser



wurden von Bulldozern zerstört, während sich die Familien noch darin befanden, und Sicherheitskräfte feuerten Tränengasgranaten ab, wodurch Hunderte von Familien in alle Richtungen zerstreut wurden.

Recht auf eine gesunde Umwelt

Mängel bei der Umsetzung untergruben weiterhin Nigerias Klimapolitik im Nicht-Energiesektor. Der Regierung gelang es nicht, die Finanzierung kohlenstoffintensiver Projekte einzustellen. Die Energieversorgung des Landes war weiterhin stark von fossilen Brennstoffen abhängig, was viele Menschen dazu zwang, für ihre Stromversorgung auf benzinbetriebene Generatoren angewiesen zu sein.

Am 20. Juni entschied der britische *High Court*, dass Shell für seine Ölverschmutzungen im Nigerdelta haftbar gemacht werden könne.^[7] Ein Prozess war für das Jahr 2027 angesetzt.

Rechte von Frauen und Mädchen

Die Behörden versäumten es, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Angriffe auf Frauen und Mädchen in mehreren Gemeinden zu verhindern. Am 27. Februar entführten bewaffnete Männer vier Studentinnen aus ihrem Wohnheim an der J.S. Tarka University in der Stadt Makurdi im Bundesstaat Benue. Am 15. April griffen *Hisbah*-Beamte (eine staatlich sanktionierte Religionspolizei) Hauwa'u Lawal Suleiman und ihre Schwestern im Bundesstaat Katsina wegen sogenannter „unmoralischer Versammlungen“ an. Die Behörden versäumten es, Vorwürfe sexueller Belästigung zu untersuchen, die Senatorin Natasha Akpoti-Uduaghan gegen den Senatspräsidenten Godswill Akpabio erhoben hatte.

Am 17. November entführten bewaffnete Männer 25 Schülerinnen aus ihrer Schule in der Stadt Maga im Bundesstaat Kebbi und töteten den stellvertretenden Schulleiter. Die Schülerinnen wurden am 25. November freigelassen.

Am 21. November entführten bewaffnete Männer 303 Schülerinnen und 12 Mitarbeiter*innen aus einer Schule in der Gemeinde Papiri, Agwara LGA, im Bundesstaat Niger. Fünfzig Mädchen konnten später fliehen.

[1] "Nigeria: Banning a song for criticizing government is unlawful", 11 April

[2] "Nigeria: Violent crackdown on IMN protests must end", 30 March

[3] Nigeria: A Decade of Impunity: Attacks and Unlawful Killings in South-East Nigeria, 13 August

[4] "[Nigeria:] Plateau: Killing of 51 people is an inexcusable security failure", 14 April

[5] "Nigeria: Violence and widespread displacement leave Benue facing a humanitarian disaster", 10 July

[6] "Nigeria: Lagos: Ruthless demolition targeting people in poverty must stop", 10 March

[7] "UK: Court ruling on Shell oil spills in Niger Delta an 'important step forward' for devastated communities", 20 June